

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Stellv. Ausschussmitglied Walther Schäfer
Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Claudia Lehnort

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt
beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Ulrike Luhmann

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied (kraft Amtes) Jörg Ratzmann

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
beratendes Mitglied Nicole Biela
beratendes Mitglied Jasmin Meiners
Grundmandat Thorsten Moriße
Ausschussmitglied Darwin Reinhard
Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler
beratendes Mitglied Inga Schollenberger
beratendes Mitglied Doris Voges
Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner
beratendes Mitglied Gabriele Willich
beratendes Mitglied Elisabeth Witt
Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13.11.2024
- 4 Vorstellung der "Schule an der Deichbrücke"
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Haushaltsplan 2025/2026 - Teilhaushalt 251

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Zustimmung zur Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13.11.2024

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13.11.2024 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung der "Schule an der Deichbrücke"

Herr Kickler, Leiter der Schule an der Deichbrücke (GPS), begrüßt die Anwesenden und stellt seine Einrichtung vor. Die Schule an der Deichbrücke sei eine Schule für 112 Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der geistigen Entwicklung. Insgesamt 8 Schülerinnen und Schülern lernen in einer Klasse, die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler erfordere einen Personalschlüssel von mindestens zwei Personen pro Klasse. Weiterhin biete die Schule einen heilpädagogischen Dienst, kunsttherapeutische Angebote und eine Schulband. Das Konzept der Schule sei auch auf der Homepage der GPS einsehbar. Herr Koût erkundigt sich nach den Änderungen der Finanzierungsgrundlagen der Tagesstätten. Herr Kickler erläutert, dass die Finanzierung aktuell über Eingliederungshilfe (Sozialamt) laufe. Herr Schönfelder ergänzt, dass die Kommune dies aktuell übernehme, da das Land sich seiner Zuständigkeit entziehe. Das begründet er damit, dass die GPS Planungssicherheit erhalten soll und die Kinder und Jugendlichen die Unterstützung benötigen. Herr Ratzmann dankt Herrn Kickler für die Einladung und stellt heraus, welche Rolle er als Person für die Jugendarbeit in der Stadt spielt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Haushaltsplan 2025/2026 - Teilhaushalt 251

Anhand der anliegenden Präsentation stellt Herr Ratzmann den Haushaltsplan 2025/2026 für den Teilhaushalt 251 vor. Demnach steigen die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe bundesweit stark, das zeige sich auch in Wilhelmshaven. Prognostiziert werde ein Anstieg der Ausgaben von 2025 bis 2029 von 62,8 Mio. auf 72,3 Mio. Euro. Wesentliche Produkte seien Vollzeitpflege, Heimerziehung, Eingliederungshilfe, Tageseinrichtungen für Kinder sowie Förderung in Kindertagespflege.

Herr Hager erkundigt sich, wie die Eltern an den Kosten für Heimerziehung beteiligt werden. Frau Hacke erklärt, dass es hierzu eine einkommensbezogene Staffelung über die Elternbeiträge gebe. Weiterhin beinhalten die Erträge auch Kindergeld, BaFöG sowie Erstattungen aus anderen Kommunen.

Herr Puschmann bestärkt, dass die Entwicklung, die im Haushalt des Jugendamts

sichtbar werde, kein Einzelfall sei. Auch in der GPS seien steigende Ausgaben zu verzeichnen, gleichzeitig führen Fachkräftemangel fehlende Anschlussangebote nach dem 18. Geburtstag eine große Herausforderung dar. Das habe bereits dazu geführt, dass Leistungen für Kinder mit besonders herausforderndem Verhalten bei der GPS eingestellt werden mussten.

Herr Suberg erklärt, dass es sich bei den Ausgaben um Pflichtausgaben handle, die von Land und Bund beschlossen wurden und die die Kommunen nun tragen. Daher erkundigt er sich, wie die Stadt sich für eine Refinanzierung einsetze. Herr Ratzmann und Frau Zahn erklären, dass der Kämmerer das Thema regelmäßig an das Land herantrage und auch Vertreter von Bundes- und Landtag bereits im Finanzausschuss gewesen seien. Frau Dr. Haarmann gibt zu bedenken, dass die Beitragsfreiheit der KiTas hohe Kosten verursacht habe und solche auch bei einer Beitragsfreiheit von Krippen zu erwarten sind.

Angesichts der im Haushaltsplan nicht vorgesehenen Mittel für den Bau einer Kita in Potenburg erklärt Frau Heide, dass sie den Bedarf für die Kita sieht. Die SPD habe bereits einen Antrag gestellt.

Weiterhin diskutiert wird der Zuschuss für den Verein für kommunale Prävention (VKP): Hierzu liege, so Herr Ratzmann, ein Antrag für eine politische Entscheidung vor, den Zuschuss von 57.000 € auf 72.280,75€ zu erhöhen. Herr Suberg erfragt daher, wie der Erfolg des Vereins gemessen werden könne. Unter Beteiligung von Herrn Ratzmann, Herrn Schaarschmidt, Frau Lehnort, Herrn Schönfelder und Herrn Suberg wird das Thema erörtert. Demnach sei die Arbeit des VKP eine Pflichtleitung der Kommune, die diese bei Selbsterfüllung deutlich mehr Geld kosten würde, auch, da der VKP in der Lage sei, Spenden zu akquirieren. Die Qualität werde durch Teilnehmendenzahlen, Jahres- und Presseberichte sowie Projektevaluationen überprüft. Herr Koût und Herr Hager regen an, eine Abstimmung als Empfehlung an den Rat zu geben. Herr Hager bittet die Anwesenden um eine Abstimmung zu der Frage: Kann der Jugendhilfeausschuss dem Rat die Empfehlung geben, dem Zuschussantrag für den VKP zuzustimmen?

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Abschließend fasst Herr Hager zusammen, dass das in die Jugend investierte Geld sinnvoll eingesetzt sei, es jedoch Schlüsselzuweisungen durch das Land benötige. Herr Suberg ergänzt, dass die Jugendhilfe als „Preistreiber“ bezeichnet werde, sei nicht die Schuld von Land, Kommune, oder Amt sondern eine Folge der Gesellschaft.

Gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez.

Hager
Vorsitzender

gez.

Homma
Protokollführerin